

Führung. Dazu kommt die Wirkung einer fast ein halbes Jahrhundert die Köpfe vergiftenden antikommunistischen Propaganda der herrschenden Klasse.“

In der Tat: Neonazismus, nationalistische Revanchepolitik und Antikommunismus — das alles gehört zusammen. Dabei ist der organisierte und zielgerichtete Antikommunismus so alt wie die Sowjetunion, wie der erste sozialistische Staat

Gleiche Brüder — gleiche Kappen

Das Zentrum der psychologischen Kriegführung, des organisierten antikommunistischen Kreuzzugs, liegt noch immer in den USA. Allein bei der „United States Information Agency“ (USIA) sind 13 000 „Fachleute“ beschäftigt, von denen 9300 in Auslandsfilialen tätig sind. Neben 239 Filialen in 106 Ländern verfügt die Agentur über die Rundfunkstation „Die Stimme Amerikas“, gibt sie 66 Zeitschriften und 20 Zeitungen in 25 Sprachen heraus und erhält sie täglich ihre Anweisungen vom amerikanischen Außenministerium, vom amerikanischen Kriegsministerium und anderen führenden Institutionen der USA.

Aber auch Westdeutschland steht mit seinem antikommunistischen Propagandasystem den USA kaum nach. Dieses System ist heute unvergleichlich größer und umfassender als es je im imperialistischen Deutschland war. Es verschlingt Millionen und Milliarden, und Tausende von „Fachleuten“ der psychologischen Kriegführung arbeiten in seinem Dienste. Über 90 Institute und Gesellschaften in West-

der Welt. Er nahm und nimmt in der Ideologie und Politik der Reaktion eine Schlüsselstellung ein.

Die ökonomische und politische Macht des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland — das ist die Wurzel des Antikommunismus, des Revanchismus und für das Anwachsen des Neonazismus, die durch Handschellengesetz und Alleinvertretungsanspruch zum Gesetz erhoben sind.

deutschland befassen sich ausschließlich mit antikommunistischer Propaganda. Viele von ihnen sind unter der relativ harmlosen gemeinsamen Bezeichnung „Ostforschung“ bekannt. Diese Institute werden von den Regierungen der Bundesrepublik und der USA finanziert und gelenkt.

Die Bonner Regierung hat darüber hinaus ihr eigenes offizielles Organ zur Organisation des Antikommunismus: den „Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen“. Seine Tätigkeit richtet sich speziell gegen die DDR. Er beschäftigt sich auftragsgemäß mit nichts anderem, als auszuarbeiten, wie der Nachbarstaat — die Deutsche Demokratische Republik — angegliedert, ausgeplündert und beiseitigt werden kann, um die Herrschaft des Rüstungskapitals und der Großagrarien wieder zu errichten. Der berühmte Graue Plan (siehe „Neuer Weg“ 17/1966) ist sein Machwerk und kann geradezu als Studie dafür gelten, wie der Antikommunismus der Bonner Regierung in Aktion aussieht.

Das trifft genauso für die antikommunistische Propaganda zu. „Als am historischen 13. August 1961 den imperialistischen Eindringlingen der Weg in die DDR verbaut wurde und wir uns kühn von einer permanenten riesigen materiellen Schädigung befreien“, sagte Genosse Professor Albert Norden auf der 4. Journalistenkonferenz, „da schritt die Bonner Regierung eilig zur Inbetriebnahme des ‚Deutschlandfunks‘, um so wenigstens auf ‚kaltem Wege‘ das fortsetzen zu können, was den Imperialisten auf dem ‚heißen Weg‘ nicht gelang, in die DDR einzudringen.“ Am 1. Januar 1962 wurden die beiden Rundfunkstationen „Deutsche Welle“ und „Deutschlandfunk“ in Betrieb genommen, zusätzlich zu den anderen Sendern, die tagtäglich, getarnt und offen, ihre antikommunistische Hetze betreiben.

Intendant des „Deutschlandfunks“ war zunächst das einstige NSDAP- und SA-Mitglied, der eingeschriebene Gestapo-Agent, Durchhaltejournalist einer Nazizeitung bis Anfang 1945 und jetzige Chefredakteur der Springer-Zeitung „Die Welt“, Dr. Gerhard Starke. Sein Nachfolger wurde der Bonner Ex-Staatssekretär im Spionageministerium Franz Thedieck, früherer Nazi-Oberregierungsrat, „Reichsverteidigungsreferent“, Generalreferent bei Hitlers Militärverwaltung in Brüssel, von einem britischen Militärgericht 1946 rechtskräftig verurteilt. Er hat in diesem Amt — so formulierte es die „Frankfurter Rundschau“ — „eine neue Plattform bekommen, von der aus er die Atmosphäre des kalten Krieges verbreiten kann“.

Diese „Plattform“ antikommunistischer Propaganda kostet die westdeutschen Steuerzahler nicht nur viel Geld — schon im Anfang betrug der Jahres-

Kalter Krieg auf Ätherwellen

Nach den Plänen der USA und erwiesenermaßen auch nach den eigenen ist Westdeutsch-

land die „Speerspitze“ des Imperialismus in Europa gegen die Länder des Sozialismus.